

Antrag 1

Wir beantragen die Zusammenstellung und Herausgabe eines Flyers zur Erklärung der Sozialstaffellung und den in der Gebührensatzung für den Besuch der Kindertagesstätten vorgesehenen Möglichkeiten zur Ermäßigung, in mindestens 4 gängigen Sprachen.

Begründung

Nachdem der Gemeinderat in der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren der Stadt Mössingen am 22.01.2018 unter § 4 – 6 u.a. eine Ermäßigungsmöglichkeit für Familien mit geringem Einkommen beschlossen hat, zeigt die Umsetzung erhebliche Probleme.

Nach Auskunft der Verwaltung wird von der Möglichkeit einer Gebührenermäßigung in nur geringstem Umfang Gebrauch gemacht.

Eine Handreichung für interessierte Familien, soll die Information durch die Stadtverwaltung (z.B. durch die Stelle für die zentrale Platzvergabe für KiTas), der KindergartenmitarbeiterInnen und der Elternschaft möglichst breitflächig unterstützen und eine notwendige Kommunikation fördern!

Antrag 2

Wir beantragen zeitnah die Ansetzung eines Vor-Ort-Termins des Bau- und Umweltausschusses zur Betrachtung der verkehrlichen Situation an mehreren Stellen in Belsen.

Begründung

Sowohl der ruhende Verkehr als auch der fahrende erzeugt in Belsen an verschiedenen Stellen erhebliche Durchfahrts- und Sicherheitsprobleme.

a. Diese beeinträchtigen und gefährden u.a. auch Kinder auf ihrem Schulweg, den sie nicht selten mit Rollern bewältigen. Dies zum Teil an/auf der abschüssigen Barbelsen- und Bernhard-Schlegel-Straße.

b. Die Parkierung in der Eugen-Gausstraße stellt inzwischen ein erhebliches Problem dar. Sowohl tagsüber als auch abends oder nachts verstellen parkenden Fahrzeuge den Fuß- und Radweg, und verhindern eine flüssige Durchfahrt.

Tempo 30 auch zwischen der Öschle- und Mössingerstraße und eine Parkregelung könnte dem größten Misstand begegnen. Nachdem in diesem Bereich beidseitig inzwischen eine fast durchgängige Bebauung besteht, ist es völlig absurd für wenige Meter dem Verkehr bis zum Anhalten an der Mössinger Straße bzw. umgekehrt bis zur 30er Regelung vor der Kreuzung Öschlestraße eine Tempoaufnahme bis 50 km/h zu gewähren!

c. Das bereits bestehende Tempolimit an der abschüssigen Strecke vor der Kreuzung Öschlestraße sollte dringend nach Richtung Mössingen (Allee Kanton St.Julien) versetzt werden. Die Autofahrer werden erst sehr spät auf Tempo 30 heruntergeregelt und müssten in der nach rechts hängenden und abschüssigen Straße heftig abbremesen. Dies unterlassen sie aus Gründen einer Gefährdung und bremsen sacht ab. Dadurch geraten sie allerdings noch zu schnell in den 30er-Bereich.

d. An der Kreuzung Weinbergstraße/Barbelsenstraße ist der Verkehrsteilnehmer (Auto/Fahrrad/LKW/Traktor....etc.) gezwungen, bei der Umfahrung des ruhenden Verkehrs in die Gegenfahrbahn einzufahren. Der Rechtsabbieger aus der Weinbergstraße steht somit unmittelbar vor dem Gegenverkehr. Zur Vermeidung einer Kollision muss von beiden bis zum Stand abgebremst werden. Durch ein Parkverbot im unmittelbaren Gefahrenbereich lässt sich dies problemlos entschärfen. Die inzwischen angebrachten Halteverbotsschilder sind unzureichend, da sie im eigentlichen Problembereich nicht weiter helfen.

Antrag 3

Wir beantragen eine deutliche Verbesserung der Außenbeleuchtung vor der Aula des Quenstedt-Gymnasiums.

Begründung

Nachdem mehrere mündliche Bitten diesbezüglich weder beim Leiter des Ordnungsamtes noch beim Leiter der Stadtwerke zu einem Erfolg geführt haben, nun die Form eines Antrages für das Haushaltsjahr 2019.

Auf dem Weg zu einer Veranstaltung in der „Guten Stube“ unserer Stadt und auch nach deren Ende muss sich der Besucher durch Finsternis bewegen.

Insbesondere wer die in Richtung Kinderhaus führende Treppe benützen will, geht auf einem völlig unbeleuchtetem Weg.

Eine allgemein verbesserte Ausleuchtung, - insbesondere bei Veranstaltungen wäre für die Stadt aus Sicherheits- und Imagegründen wichtig!

Antrag 4

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen eine Dokumentation zum tatsächlichen Unterrichtsausfall an Mössinger Schulen zu erstellen. Die Stadt als Schulträger sollte bei Defiziten politisch tätig werden, da die hohen eigenen Investitionen in das Bildungssystem nur bei ausreichender Lehrerversorgung richtig genutzt werden können.

Begründung

Auch der SPD-Fraktion sind die Zuständigkeiten zur Lehrerversorgung bekannt!
Dennoch:

Die Stadt leistet seit Jahren an ihren Schulen ein vorbildliches Maß an zusätzlicher Betreuung.

Es ist völlig unverständlich warum die lehrplanmäßige Unterrichtsversorgung an den staatlichen Schulen nicht gewährleistet ist. Viele Eltern weichen u.a. deshalb zur Bildung ihrer Kinder an private Schulen aus. Dies allerdings ist immer mit hohen zusätzlichen Kosten verbunden, die nur von Eltern mit gutem Familieneinkommen getragen werden können. Zudem ergibt sich so eine permante Ungleichheit bei den Bildungschancen der Kinder, die nicht hingenommen werden darf.

3

1. Wie viele Stunden des lehrplanmäßig vorgeschriebenen Unterrichts sind ersatzlos ausgefallen?
2. In wie vielen Stunden wurde mit nicht regulär erteiltem Unterricht ein Ersatz versucht
 - a. durch eine fachliche/außerfachliche Vertretung?
 - b. durch eine Mitbetreuung von einer anderen Klasse aus?
 - c. durch eine Aufgabenstellung zur Beschäftigung der Klasse?
3. Wie wird die Unterrichtsversorgung an der Hauptschule gewährleistet?

Wie unterstützend wird das zuständige staatliche Schulamt tätig?

Welche Maßnahmen wurden ergriffen, z.B. durch eine Lehrer-Vertretungsreserve um dem Problem zu begegnen?

Antrag 5

Die Stadtverwaltung möge sich mit klarer Haltung und Stellungnahme dafür einsetzen, dass das Land Baden-Württemberg sich für eine kostenlose Kinderbetreuung der Kinder entscheidet.

Begründung

Die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg beharrt als eine der wenigen Landesregierungen in Deutschland stur darauf, dass Eltern weiterhin hohe Kosten für die frühkindliche Bildung ihrer Kinder tragen müssen.

Mit dem „Gute KiTa-Gesetz“ des Bundes besteht jetzt die Möglichkeit, auch bei uns in Baden-Württemberg eine gebührenfreie Kinderbetreuung für unsere Kinder durchzusetzen um die Belastungen junger Familien zu verringern!

Hierzu bedarf es lediglich einer Vereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Bundesregierung. Mehr nicht. Die Verhandlungen laufen. Die SPD-Fraktion fordert die Stadtverwaltung auf, sich öffentlich motivierend für die völlige Gebührenfreiheit bei den Kindertageseinrichtungen einzusetzen.

Antrag 6

Um die Attraktivität für Jung und Alt deutlich zu erhöhen, werden die Kinderspielplätze im Stadtgebiet in den kommenden Jahren zu Themenspielplätzen umgebaut.

Insgesamt ergibt das im Laufe der Zeit ein besonders attraktives Ensemble mit erfrischender Aufenthaltsqualität.

Begründung

Die Monotonie der Spielplätze mit Schaukeln, Rutsche, Sandkasten..... bietet den Kindern wenig Abwechslung. Die Spielplätze ähneln sich in Grundstruktur und Ausstattung!

Bei einem Besuch in Pfronten/Allgäu war deren Spielplatzkonzept mit Neuordnung nach Themen augenfällig positiv und besonders ansprechend für Kinder.

Auf derzeit 13 gemeindeeigenen Spielplätzen wurden dort bereits Themen, wie z.B. Ritter – Räubernest – Pirat/Schatzinsel – Indianer – Zirkus - Märchen..... verwirklicht. MitarbeiterInnen und Eltern würden als Fachleute sicher gerne die Bemühungen der Stadt um die besondere Attraktivität der Spielplätze unterstützen!

Zusätzliche Kosten entstehen möglicherweise für eine einfallsreiche Ausstattung, nicht aber grundsätzlich bei der ohnehin jährlich durchgeführten Sanierung je eines Mössinger Spielplatzes.

Antrag 7

Die Stadtverwaltung und der Gemeinderat betrachten die 2011 beschlossene Mössinger Verkehrskonzeption als nützlichen Probelauf und sorgen im kommenden Haushaltsjahr für eine Evaluation.

Begründung

Eine Neubewertung nach nunmehr 8 Jahren kann dieses Konzept bestätigen und /oder Anregungen zur Verbesserung erbringen. Die Erfahrungen aus den zurückliegenden Jahren sollten zusammengetragen und ausgewertet werden. Ggf. können sie in das zukünftige Konzept verbessernd einfließen.

Auf eine teure Evaluation durch ein Fachbüro sollte verzichtet werden.

Stattdessen kann eine Arbeitsgruppe aus interessierten Bürgerinnen und Bürgern und Vertretern der Fraktionen hier vorbereitend viel leisten.

Die Moderation erfolgt durch einen Mitarbeiter des Ordnungsamtes.

Ergebnisse der Auswertung werden dem Gemeinderat zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt.

Antrag 8

Die Stadtverwaltung möge prüfen inwieweit sich die im Besitz der Stadt befindlichen Ersatzschulräume, nach der Gebrauch im Schulzentrum, für den Umbau zu Wohneinheiten eignen könnten.

Begründung

Immer wieder wird in der Presse von besonders pfiffigen Ideen zur Schaffung von Wohnraum berichtet.

U.a. werden z.B. Seecontainer durch Einbauten, Farbgebung und Umgebungsgestaltung in mehreren Einheiten verbunden und damit gut nutzbare und attraktive Wohnanlagen geschaffen.

Die im Besitz der Stadt befindlichen ca. 100 Ersatz-Schulräume könnten auf ihre Tauglichkeit für ein solches aufsehenerregendes Projekt geprüft werden.

Architekturstudenten oder Büros mit entsprechender Vorerfahrung sollten zur Beratung, bzw. zur Erstellung kreativer Vorschläge aufgerufen werden.

Eine solche Anlage könnte gestalterisch aufgehübscht, gut arrangiert und zweckmäßig ausgebaut dazu beitragen akuter Wohnraumnot zu begegnen.

Zudem könnten die Schulersatzgebäude einer neuen sinnvollen Verwendung zugeführt werden und, in guter Wohnlage errichtet, durchaus eine mutige Bereicherung im Stadtbild darstellen!

Antrag 9

Die Stadtverwaltung möge prüfen, ob und zu welchen Bedingungen die Starkstromleitungen im Bereich des Stadtteils Bästenhardt im Erdreich geführt werden könnten.

Begründung

Durch das Abstandsgebot zu den Freileitungen kann wertvoller Baugrund nicht genutzt werden.

Stromleitungen können inzwischen durchaus im Erdreich liegend geführt werden.

Allerdings ist z.B. nicht bekannt, mit welchen Kosten dies verbunden ist, welche Haltbarkeit nach heutigem Wissen zugrunde liegt und welcher Bauabstand eingehalten werden muss.

Die Stadtverwaltung möge sich um umfangreiche Auskunft bemühen.

Antrag 10

Die Stadtverwaltung erarbeitet einen Vorschlag, ob in einem vertretbaren Kostenrahmen in der Innenstadt, z.B. Nähe der Parkplätze an der Sulzgasse, eine öffentliche Toilette errichtet werden kann.

Begründung

Der vor etlichen Jahren von der SPD-Fraktion gestellte Antrag wurde aus Kostengründen und im Hinblick auf die zu erwartenden Bautätigkeiten in der Innenstadt zurückgestellt. Der damals vorgelegte Entwurf und die beigelegte Kostenschätzung suggerierten die Unmöglichkeit eines solchen Unterfangens.

Obwohl im GZM inzwischen eine öffentlich zugängige Toilette eingebaut wurde und die Aktion „Nette Toilette“ etliche Mitstreiter gefunden hat, ist dem wirklichen Bedarf nicht abgeholfen. Überall soll sich der Suchende an die Öffnungszeiten der Geschäfte, bzw. an die des GZM halten.

Durch die anstehenden Aufwertung des Innenstadtbereichs mit zukünftig stark erhöhter Aufenthaltsqualität, wird der Bedarf nach einer öffentlichen Toilette mit möglichst langer Öffnungszeit dringend aktuell!

Die Stadt Reutlingen versorgt z.B. die Bürgerschaft im Bereich des alten Omnibusbahnhofes mit einem einfachen Toilettenhaus, welches sich gegen eine geringe Gebühr öffnet.

Beispiele unter: <https://www.heinze.de/produktserie/oeffentliche-toiletten-wc-anlagen/17414777/?javascript=1>

Antrag 11

Die westlich gelegene Fußgängerampel an der Allee Kanton St. Julien, wird dem tatsächlichen Bedarf in Schaltung und Handhabung angepasst!

Begründung

Diese Fußgängerampel ist für das sichere Queren der Straße kaum nutzbar. Die Wartezeit nach Anforderung der Grünschalung durch Fußgänger dauert unverhältnismäßig lange und verleitet Fußgänger allzu häufig die Ampelregelung gänzlich zu ignorieren!

Die Grünphase für die Fußgänger ist deutlich zu kurz.

Eine Gruppe körper- oder geistigbehinderter Menschen aus dem Bereich der KBF, kann dort nicht gemeinsam die Straße queren, sondern ist wegen der Kürze der Grünphase gezwungen in kleinen Gruppen anzustehen und zu queren. Der dadurch erzwungene Aufenthalt im direkten Straßenbereich erbringt eine schwere Gefährdung und einen erhöhten Betreuungsaufwand auf beiden Seiten der Straße. Beides wäre leicht zu vermeiden!

Antrag 12

Wir beantragen, die südliche Karl-Jaggy-Straße, das Teilstück zwischen der Breite Straße und dem Kreisverkehr Bahnhofstraße/Volksbank in „Jakob-Textor-Straße“ umzubenennen.

Begründung

Jakob Textor steht als Person durch etliche Einzelaktionen und in Vertretung für viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter für den am 31.01.1933 in Mössingen erfolgten Streik, gegen die Machtübernahme Hitlers.

Nachdem diesem Widerstand durch eine Dauerausstellung vorerst im Rathaus, ein Ort der Erinnerung geschaffen wird, passt sich die Umbenennung eines Straßenstücks nahtlos in eine notwendige Erinnerungskultur ein.

Die Ergänzung zwischen Jakob-Stotz-Platz, über die Jakob-Textor-Straße hin zur Karl-Jaggy-Straße schafft in der Stadt ein würdiges Gedenken an diese ehrenhaften Mössinger Bürger.

Antrag 13**Verkehrssituation Talheim**

Wir beantragen beim RP darauf einzuwirken, dass für die Steinlachstrasse in Talheim (Landesstrasse) priorisierte Straßenbaumittel zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Der Straßenbelag in der Ortsdurchfahrt Talheim ist in einem katastrophalen Zustand. Dies trägt maßgeblich zur hohen Lärmbelastung für die Anlieger bei. Zwar hat die Stadtverwaltung abgesenkte Schachtdeckel, für die Mössingen zuständig ist, schon ausgebessert, aber es gibt deutlich sichtbar massive Frostaufbrüche in der normalen Strassendecke.

Auch ist die Straßenoberfläche nicht mehr für Schwerkraftverkehr geeignet, vor allem, da durch grossräumige Umleitungen die Belastung deutlich anstieg. Die Spurrillen sind mindestens 10 cm tief und greifen schon in den Unterbau ein. Schon im April 2017 haben wir in einem Brief an die Stadtverwaltung darauf hingewiesen und die Antwort bekommen, dass die Steinlachstrasse im mittelfristigen Erhaltungsprogramm des Landes (Auskunft des RPs) nicht enthalten sei und es deutlich schlechtere Landesstraßenabschnitte gäbe.

Antrag 14

Wir beantragen die Einführung von Tempo 30 im oberen Abschnitt der Steinlachstrasse bergauf endlich einzuführen. Außerdem beantragen wir ein nächtliches Tempolimit einzuführen.

Begründung:

Seit April hat sich anscheinend die Rechtsprechung bezüglich Tempolimit, Lärmschutzmaßnahmen und Flüsterasphalt verändert, wonach die niedrigeren Werte der Bundesimmissionsschutzverordnung (59 Dezibel tagsüber und 49 Dezibel bei Nacht) als Grundlage für entsprechende Maßnahmen gelten können und Gemeinden diese ab diesen Werten nach eigenem Ermessen umsetzen können. Womöglich müsste dadurch der Lärmaktionsplan fortgeschrieben werden.

Antrag 15

Für die besondere Unterstützung der Jugendarbeit in Vereinen, Kirchen und Initiativen stellt die Stadt Mössingen Projektmittel in Höhe von 5.000 € zur Verfügung. Die Mittel können für Lehrgangs,- Kurs und Fortbildungsmaßnahmen bezogen auf Jugendleiter- und Jugendbegleiterausbildungen abgerufen werden. Die Stadt entlastet durch dieses Projekt zu 50% den Aufwand für Teilnehmergebühren, den Restbetrag trägt der Antragsteller.

Begründung

Die Nachwuchsarbeit ist allgemein einer der wichtigsten Pfeiler in der Zukunftssicherung jeglicher Arbeit in Vereinen, Initiativen, Kirchen. Junge Leute zu finden, die sich für andere engagieren oder ältere Aktive zu finden die sich für die Jugendarbeit zur Verfügung stellen ist für jegliche Arbeit mit und für Kinder und Jugendliche eine besondere Herausforderung. Die dort geleistete Jugendarbeit ist für eine Gemeinde ein unschätzbare Wert. Die intensive Kooperation mit den städtischen Angeboten (z.B. Jugendpflege) ist positiver Ausdruck einer dringenden Notwendigkeit. Mit der im Antrag formulierten Förderung setzt die Stadt Mössingen auf Anregung, Entlastung und Anerkennung. Die Projektmittel sind auf Nachweis lediglich komplementär und pro Haushaltsjahr begrenzt. Über die Vergabe entscheidet der Eingang des Antrages.

(Wiederholungs) Antrag 16

Wir beantragen, die Buslinie 154 Bahnhof Mössingen - Bad Sebastiansweiler Kurklinik u.z. zukünftig so zu führen, dass der Stadtteil Bästenhardt ohne Umstieg angeschlossen wird.

Begründung

Bei der Aussprache zu unserem gleichlautenden Antrag im Vorjahr stellte die Verwaltung in Aussicht uns nach nochmaliger Prüfung einen aktuellen Stand zu berichten. Da dies nicht geschehen ist, wiederholen wir diesen Antrag.

Die bisherige Streckenführung der Buslinie 154 führt westlich an Bästenhardt vorbei. Eine Zustiegsmöglichkeit gibt es für Nutzer aus Bästenhardt nach kurzem Fußweg lediglich an der Bushaltestelle Birkenstraße. Diese Möglichkeit ist allerdings nur für Fahrten nach Bad Sebastiansweiler annehmbar. In der Gegenrichtung besteht eine solche Möglichkeit nicht. Durch eine Veränderung der Linienführung bei der Linie 154 durch Bästenhardt, mit zwei Haltestellen; Buchenstraße und Butzenbadstraße, würde sich die Fahrzeit in beiden Richtungen nur um wenige Minuten verlängern und müsste hauptsächlich im Bereich der Bahnhöfe neu abgestimmt werden. Verglichen mit dem geringen Aufwand ist die gewonnene Qualität ein erheblicher Gewinn für beide Stadtteile.

Antrag 17

Wir beantragen die Überarbeitung der „Satzung zur Erhebung von Hundesteuer“ und die Aufnahme von Möglichkeiten der Steuerermäßigung (Vorschlag: 40 %) bei Nachweis besonderer Ausbildungen.

Begründung

Ziel ist es, den Hundehaltern einen Anreiz zu schaffen, sich und ihr Tier einer Ausbildung mit Abschluss Team Test (TT) und/oder der Begleithundeprüfung (BH) zu unterziehen. „Bei beiden Prüfungen ist grundsätzlich zu zeigen, dass die Hundeführerin, der Hundeführer und der Hund ein harmonisches Team bilden, der Hund den Grundgehorsam beherrscht und umweltsicher ist.“ (Textauszug von der Informationsseite der Tübinger Hundefreunde)

„Ziel (.....) ist es Hundehalter mit gut erzogenen Hunden zu entlassen, die ein Interesse daran haben, mit Nichthundehaltern stressfrei und positiv zusammen zu leben. (....) Selbstverständlich gehören gerade hierzu die Übungseinheiten des Begegnungsverkehrs mit Zweirädern, Joggen, mehreren fremden Menschen und Artgenossen.“ (Textauszug von der Informationsseite der Hohenloher Hundefreunde e.V. Vellberg-Großaltdorf).

SPD-Fraktion